



REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
188 · Ausgabe Region Bern · Mai 2020



Wahlen in Ostermündigen

DIE WAHLEN WERDEN DERZEIT ÜBERALL VOM CORONAVIRUS ÜBERSCHATTET. DAVON LASSEN WIR UNS ABER NICHT ENTMUTIGEN. IN OSTERMUNDIGEN HABEN WIR UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN BEREITS NOMINIERT UND TAUSCHEN UNS IN VIDEOKONFERENZEN AUS. DIE FUSION MIT DER STADT BERN HAT AUCH IM WAHLJAHR HÖCHSTE PRIORITÄT – ES SOLL ZUSAMMENWACHSEN, WAS ZUSAMMENGEHÖRT. Kathrin Balmer, Präsidentin SP Ostermündigen

Die geplante gemeinsame Versammlung der SP Stadt Bern und der SP Ostermündigen im April konnte leider nicht durchgeführt werden. Das Coronavirus hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Leserinnen und Leser des RegioLinks können sich aber auch während des Lockdowns ein Bild von der positiven Entwicklung unserer Gemeinde Ostermündigen machen.

Ostermündigen wächst

Mit dem BäreTower entsteht in Ostermündigen bis 2022 das höchste bewohnte Hochhaus im Kanton Bern und ein neues zentrales Areal mit Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, einem Hotel, Restaurants und Mietwohnungen. Das Hochhaus fand auch dank der SP eine Mehrheit. Es hat rund um den Bahnhof eine neue, positive Dynamik ausgelöst.

Ostermündigen investiert

Das Freibad Ostermündigen mit 50-Meter-Becken, Kinderplanschbecken, Sprunganlage, Breit-Rutschbahn und Terrassen-Restaurant mit Aussicht auf die Alpen wurde vor wenigen Jahren saniert. Wenn die Badi nicht

gerade wegen Corona geschlossen ist, treffen wir dort oft auch Stadtberner Familien an.

Auch in Ostermündigen müssen Kindergärten saniert oder neu gebaut werden. Fünf neue Kindergärten und eine Tagesschule sind fertiggestellt, ein Kindergarten ist noch im Bau, sechs weitere folgen bis 2024. Um günstig und trotzdem qualitativ hochwertig zu bauen, wurden moderne Modulbauten aus Holz im Minergie-Standard erstellt.

Die SP hat sich immer für langfristige und nachhaltige Investitionen eingesetzt, die der ganzen Bevölkerung zugute kommen.

Ostermündigen wird ökologischer

Früher war im Oberfeld der Schiessplatz der Stadt Bern. In den letzten Jahren wurde ein grosser Teil davon überbaut. Die Wohnbaugenossenschaft Oberfeld zeichnet sich durch ökologische Holzbauweise, Energieeffizienz, Mobilität ohne Auto und Förderung der Gemeinschaft aus. Die SP setzt sich dafür ein, dass auch die noch nicht überbauten Teile des Oberfelds sowie weitere neue Überbauten möglichst nachhaltig und ökologisch werden, findet dafür aber nicht immer Mehrheiten.

Ostermündigen und Bern wachsen zusammen

Sie wachsen zusammen: Wörtlich, wie man sieht, wenn man beispielsweise mit dem Bus von Bern nach Ostermündigen fährt. Wer weiss schon, wo die Gemeindegrenze genau verläuft? Aber auch im übertragenen Sinn: Ostermündigen ist dynamisch, die Bevölkerung wächst, es wird verdichtet gebaut. Ostermündigen ist urbaner geworden. Die Fusion ist der logische Schritt. Gemeinsam könnten wir kommende Herausforderungen besser meistern.

GEMEINDEWAHLEN 2020

Ostermündigen hat 18 000 Einwohnerinnen und Einwohner. 2016 holte die SP zwei von sieben Gemeinderatssitzen und zusammen mit Grünen und Gewerkschaften 12 Sitze im 40-köpfigen Grosse Gemeinderat.

2020 wollen wir einen Gemeinderatssitz hinzugewinnen. Auf unserer Liste kandidieren die Bisherigen Andreas Thomann und Maya Weber Hadorn sowie die Co-Fraktionspräsidentinnen Bettina Fredrich und Priska Zeyer.

Mit Bettina Fredrich sorgen wir zudem dafür, dass die Wählerinnen und Wähler auch beim Gemeindepräsidium eine Auswahl haben.

Führen in der Krise

ALS FOLGE VON COVID-19 SEHEN SICH DIE GEMEINDEPRÄSIDENT*INNEN MIT NEUEN UND SEHR UNTERSCHIEDLICHEN HERAUSFORDERUNGEN KONFRONTIERT. REGIOLINKS FRAGTE BEI VIER SP-GEMEINDEPRÄSIDENT*INNEN NACH.



Gemeinderatssitzung im Handarbeitszimmer

In Rümligen befinden sich die Gemeindeverwaltung und die Schule im gleichen Gebäude. Bis zur Schliessung der Schule war es eine grosse Herausforderung, die Sicherheit der Lehrerinnen und der Angestellten der Verwaltung zu garantieren. Damit wir den 2-Meter-Abstand einhalten können, finden die Gemeinderatssitzungen nun im Handarbeitszimmer statt.

Das Fusionsprojekt mit unserer Nachbargemeinde Riggisberg verzögert sich, da

anstehende Orientierungen nicht oder nur schriftlich durchgeführt werden können und somit keine aktive Diskussion mit den betroffenen Menschen stattfinden kann.

Für mich ist es schön zu sehen, wie sich Alt und Jung jetzt viel mehr in der Natur aufhalten. Ich hoffe sehr, dass dies auch nach der Krise anhält.

MARTIN STUDER

Rümligen (440 Einwohner*innen)



Prioritäten und Jargon

Die Covid-19-Situation hat ein Thema zuoberst auf meine Traktandenliste gebracht: den Bevölkerungsschutz. Bislang verknüpfte ich dieses Wort mit Feuerwehr und Zivilschutz. Nun bedeutet es, die Pandemie zu bekämpfen. Tägliche Rapporte Notfallstab, TV-Übertragungen des Bundes, Fällen unzähliger Entscheide – dies ist aktuell ein grosser Teil meiner Arbeit. Konkret heisst das: Schaltdienste schliessen, MitarbeiterInnen nach Hause schicken, Patrouillen-

gänge durchführen, Flugblätter schreiben und ... einen neuen Jargon lernen! Ich habe nun «Rapport» mit dem «Krisenstab» und führe das «Krisenmanagement».

Erkenntnisse? Die Pandemie ist durchaus auch sehr lehrreich, die Sprache jedoch bleibt gewöhnungsbedürftig.

BÄNZ MÜLLER

Aus der Kommandozentrale der Gemeinde Wohlen (9300 Einwohner*innen)



Anpacken

Die Könizer Verwaltung zählt 650 Mitarbeitende. Es war und ist ein Kraftakt, die Gesundheit der Mitarbeitenden zu schützen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Gemeinde ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung erfüllt.

Sinnbildlich für die grundlegende Veränderung meiner Arbeit steht für mich der Sonntag, 15. März. Nach einer langen Krisensitzung stellte ich zusammen mit dem Gemeindeschreiber im ansonsten dunk-

len Gemeindehaus die Cafeteria um, damit der nötige Abstand zwischen den Stühlen gewährleistet war. Nur so fanden die Angestellten am Montagmorgen eine coronataugliche Cafeteria vor.

«Anpacken» ist eine der Fähigkeiten, die in dieser Zeit besonders gefragt ist.

ANNEMARIE BERLINGER-STAUB

Köniz (42 694 Einwohner*innen)



Regionales in Bremgarten

Bloss 73 Tage dauerte meine Einarbeitungszeit als Gemeindepräsident, als der 13. März vieles auf den Kopf stellte. Innert Kürze mussten die Notverordnungen des Bundesrats auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Ich denke, dies gelang uns gut. Alle wichtigen öffentlichen Aufgaben konnten wir – unter massiv erschwerten Bedingungen – weiterführen.

Vieles freut mich in der schwierigen Zeit: Die Solidarität unter den Menschen ist gross, die Nachbarschaftshilfe ist angelaufen. Viele

Menschen setzen sich tatkräftig für ihre Mitmenschen ein.

Ein Gemüsebauer, der seine Absatzmöglichkeit auf dem Berner Märkt verloren hat, bietet seine Produkte nun in Bremgarten an. Das ist für mich ein besonderer Lichtblick, gerade weil dieses regionale Angebot bei der Bevölkerung von Bremgarten sehr gut ankommt.

ANDREAS SCHWAB

Bremgarten (4500 Einwohner*innen)



GEMEINDERATSWAHLEN VOM 29. NOVEMBER IN BERN

«Solidarität ist gerade in Krisen von zentraler Bedeutung»

AN DER HAUPTVERSAMMLUNG VOM 9. MÄRZ HAT DIE SP STADT BERN MICHAEL AEBERSOLD UND MARIEKE KRUIT ALS GEMEINDERATSKANDIDIERENDE NOMINIERT, UM IHRE BEIDEN SITZE IN DER STADTREGIERUNG ZU VERTEIDIGEN. REGIOLINKS HAT DEN DIREKTOR FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK UND DIE PRÄSIDENTIN DER SP/JUSO-FRAKTION IM STADTRAT ZUM INTERVIEW GETROFFEN.

Welche Akzente hat die SP in den letzten vier Jahren gesetzt?

Marieke: Mit dem Tram Bern – Ostermündigen und dem Umbau des Bahnhofs wird der öffentliche Verkehr weiter gestärkt. Wer mit dem Velo unterwegs ist, hat mehr sichere und direkte Wege, und die Quartiere wurden durch Begegnungszonen aufgewertet – wir haben die Lebensqualität in den letzten Jahren spürbar verbessert. Dazu ist eine gute Zusammenarbeit mit anderen Parteien entscheidend. Wichtig ist auch, dass es beim bezahlbaren Wohnraum massiv voranging – auch wenn noch viel zu tun bleibt. Und mich freut zudem, dass nun verbreitet Kübel für die Kehrrichttrennung aufgestellt sind.

Michael: Das Label «SP» steht für zwei Offensiven: die Wohnoffensive und die Velo-offensive. Im Wochenrhythmus gibt es sicht- und erlebbare Verbesserungen. Aktuell und für mich cool ist die neue Velospur vom Ostring zum Thunplatz. Auch steht der Bevölkerung mehr öffentlicher Raum zur Verfügung: mit Bücherschränken, Pop-ups, Urban Gardening,

«Die städtische Wohnbaupolitik ist aus dem Dornröschenschlaf erwacht.»

Michael Aebersold

Sitzbänken und Stühlen ... Und die städtische Wohnbaupolitik ist aus dem Dornröschenschlaf erwacht: Die Stadt baut wieder selber, meine Direktion schafft günstigen Wohnraum wie nie zuvor. Und für «WohnenBern» haben wir zwei Modulbauten aufgestellt.

Welche Schwerpunkte wollt ihr nach den Wahlen im November für die nächsten vier Jahre setzen?

Michael: Die Verteilung des öffentlichen Raums sowie des Strassenraums bleibt, auch unter dem Aspekt Klima, ein Schwerpunkt. Konkret heisst das: mehr Platz für die Bevölkerung und für ökologische Verkehrsmittel (Velo, öV, zu Fuss), Temporeduktion, neue Begegnungsstrassen und weniger Autos in der Stadt. Die Wohnoffensive pushe ich mit dem Fokus auf günstigen Wohnraum. Viererfeld-Mittelfeld und Gaswerkareal sind in Planung, neue Projekte wie das Zieglerareal oder Bümpliz-Höhe in Vorbereitung. Als Finanzdirektor ist für mich ein gesunder Finanzhaushalt zentral; Einnahmen, Ausgaben und Investitionen müssen langfristig im Gleichgewicht sein.

Marieke: Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen – gerade auch grössere, etwa für die Familien. Wir müssen bei der Digitalisierung vorwärts machen. Sie bietet Chancen, ist aber auch eine Herausforderung. Der unwürdige kantonale Abbau im Sozialbereich zeigt auf, wie wichtig unsere sozialen Errungenschaften sind – etwa bei der Arbeitsintegration. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter gefördert werden. Die Fi-

nanzen brauchen schon wegen der Corona-Krise sicher auch ein stärkeres Augenmerk.

Was wird sich durch die Corona-Krise in der Stadt Bern in den nächsten Jahren verändern und welche Herausforderungen kommen da auf uns zu?

Marieke: Viele Gewerbetreibende, Personen mit Kurzarbeit und Lohneinbussen, aber auch Mieterinnen und Mieter geraten wegen des Lockdowns in existenzielle Nöte. Hier braucht es rasch Lösungen und hier setze ich mich unter anderem auch als Mieterverbandspräsidentin ein. Langfristig wichtig ist ein starkes Gemeinwesen. Dies zeigt uns die Krise gerade sehr deutlich.

Michael: Das Gute zuerst: Corona zeigt tatsächlich, wie wichtig ein starker Staat und ein ausgebauter Service public sind. Die Stadt hilft – subsidiär zu Bund und Kanton – die Krise zu meistern, beispielsweise indem wir Mieten stunden bzw. ganz oder teilweise darauf verzichten. Wir werden weniger Einnahmen haben und uns weiter verschulden. Das ist verkraftbar, wenn Bund und Kanton keine neuen Steuersenkungen beschliessen und die Stadt Bern endlich gerecht für ihre Zentrumslasten entschädigt wird.

«Langfristig wichtig ist ein starkes Gemeinwesen. Dies zeigt uns die Krise gerade sehr deutlich.»

Marieke Kruit



BESCHWERDE GEGEN DAS KANTONALE POLIZEIGESETZ

«Das Bundesgericht ist den Beschwerdeführenden weitgehend gefolgt»

EIN RÄUMUNGSPARAGRAF GEGEN FAHRENDE, PRÄVENTIVE POLIZEIÜBERWACHUNG, STRAFBEWEHRTE WEGWEISUNGEN VON MENSCHEN UND POLIZEIKOSTENÜBERWÄLZUNG BEI DEMONSTRATIONEN: AM 29. APRIL HAT DAS BUNDESGERICHT ENTSCHEIDEN, OB DIESE BESTIMMUNGEN DES BERNER POLIZEIGESETZES RECHTENS SIND. MARKUS HUSMANN, ADVOKAT UND VORSTANDSMITGLIED DER DEMOKRATISCHEN JURISTINEN UND JURISTEN LUZERN, ÄUSSERT SICH ZUM URTEIL. Interview: Fabio Peter

Zu welchem Schluss ist das Bundesgericht gelangt und weshalb?

Das Bundesgericht ist den Beschwerdeführenden weitgehend gefolgt: Erstens stelle die «Lex Fahrende», welche die Wegweisung von Fahrenden und die Räumung eines Geländes innert 24 Stunden vorgesehen hatte, einen unverhältnismässigen Eingriff in das Privat- und Familienleben dar. Zweitens sei die präventive polizeiliche Überwachung mit technischen Überwachungsgeräten, ohne jeden Tatverdacht und ohne gerichtliche Kontrolle, verfassungswidrig. Zu Recht sieht das Bundesgericht darin eine grosse Missbrauchsfahr. Und drittens sei es nicht zulässig, dass Wegweisungen – z. B. gegen auf der Gasse lebende Menschen – zwingend mit Strafdrohungen verknüpft werden. Nicht gefolgt ist das Bundesgericht dem Einwand, die Überwälzung von Polizeikosten auf Veranstalter*innen und Teilnehmer*innen von Demonstrationen führe zu einem unzulässigen Abschreckungseffekt. Es anerkennt zwar diesen «chilling effect», ist aber der Ansicht, dass das Berner Gesetz verfassungskonform ausgelegt werden kann.

Was sagen die Beschwerdeführenden dazu?

Das Urteil ist besonders für die fahrenden Minderheiten ein wegleitender Präzedenzfall. Das Bundesgericht hat nicht nur klargemacht, dass stigmatisierende Sondernormen im Rechtsstaat keinen Platz haben, sondern auch darauf hingewiesen, dass die Behörden eine Pflicht trifft, Bedingungen zu schaffen, damit fahrende Minderheiten ihre Lebensweise bewahren können. Erfreulich



Markus Husmann

ist natürlich auch, dass das Bundesgericht einer masslosen Überwachung und Repression einen Riegel vorschiebt. Der Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bundesgericht einen schwerwiegenden Eingriff in die Demonstrationsfreiheit absegnen hat.

Worin liegt denn das Problem einer Kostenüberwälzung?

Ich mache ein Beispiel: Als 2017 der chinesische Präsident in Bern zu Besuch war, wollten einige tibetische Aktivist*innen ihren Protest ins Stadtzentrum tragen. Der Protest war wohlgeordnet friedlich. Die Demonstrierenden wurden von dutzenden Polizeibeamten eingekesselt und gewaltsam verhaftet. Die NZZ schrieb, das seien Bilder, die an autoritäre Staaten erinnern. Mit dem Berner Polizeigesetz könnten den Betroffenen in solchen Konstellationen nicht nur blaue Flecken drohen, sondern Kosten bis zu 10 000

Franken pro Person, im Extremfall sogar bis zu 30 000. Zwar wurde immer wieder betont, das Gesetz richte sich nur gegen gewalttätige Personen, doch das stimmt nicht: Die Polizeiverordnung definiert den Anwendungsbereich so weit, dass auch Kosten fürchten muss, wer sich an einem Menschenteppich – wie wir das von den Klimaprotesten kennen – beteiligt oder wer bei einer Intervention der Polizei ein bisschen mit den Händen fuchelt. Selbst passive Personen werden kostenpflichtig, wenn sie sich auf Aufforderung hin nicht entfernen. Damit wird die ohnehin grosse Macht der Polizei, willkürlich über die Zulässigkeit einer Versammlung zu entscheiden, mit einem finanziellen Schlaghammer ergänzt. Auch Veranstalter*innen werden haftbar, wenn sie nicht über eine erforderliche Bewilligung verfügen oder Bewilligungsaufgaben nicht einhalten, was besonders die Durchführung spontaner Kundgebungen zu einem risikoreichen Unterfangen macht. All dies – so die Befürchtung – kann Veranstalter*innen und Teilnehmer*innen abschrecken, ihre Meinung frei kundzutun.

Wie geht es nun weiter?

Es gilt nun die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten und dann über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

NEUES POLIZEIGESETZ

Das neue Polizeigesetz des Kantons Bern wurde im März 2018 vom Grossen Rat verabschiedet. Dagegen wurde von linken Parteien und diversen Organisationen wie den Demokratischen Juristinnen und Juristen Bern erfolglos das Referendum ergriffen. Am 1. Januar 2020 ist es in Kraft getreten – mit Ausnahme der drei Bestimmungen, gegen die Beschwerde erhoben wurde.